

Die Verschuldung der Kommunen – gewollte Folge ungerechter Umverteilung

Ein beliebtes Argument zur Verteidigung der so genannten Schuldenbremse besagt, die Bürgerinnen und Bürger hätten in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt; die öffentliche Hand habe mehr ausgegeben als sie hätte ausgeben dürfen.

Die Verschuldung der Kommunen ist in der Tat dramatisch. Unaufhaltsam steigen die Preise für Energie, Wasser, Nahverkehr und andere öffentliche Dienstleistungen. In atemberaubendem Tempo werden lebenswichtige und gewohnte Leistungen abgebaut. In den Schulen fällt wegen fehlender Lehrkräfte Unterricht aus, Sportstätten, Jugendzentren und Musikschulen werden geschlossen oder privatisiert. Notwendige Sanierungen oder Neubau dringend benötigter Einrichtungen bleiben aus. Es gibt tatsächlich einen Investitionsstau. Doch der ist das Ergebnis einer falschen Politik. Die Kassen der Kommunen wurden durch Steuergeschenke an die oberen 1 Prozent in den vergangenen 20 Jahren geleert. Seit 1998 wurden ca. 50 Milliarden Euro pro Jahr, also bis heute rund 600 Milliarden an sie verschenkt, während gleichzeitig der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen von 20 auf 13 Prozent gekürzt wurde. Zudem wurden ihnen zusätzliche Lasten auferlegt, wie z.B. das Arbeitslosengeld II. Die Verschuldung kommt nicht von unserem angeblich fetten Leben, sie wurde bewusst herbeigeführt.

Die Schuldenbremse als Verschlimmerung des hausgemachten Übels

Die seit 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auskommen. In unseren Augen ist sie ein Eingriff in die Haushaltshoheit der Parlamente und in der Wirkung auch auf die Kommunen ein Instrument der Nötigung. Die rein betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise übergeht die volkswirtschaftlich gebotenen Aspekte und führt zum Ausverkauf der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Es stimmt: Öffentliche Kredite, die in der Regel bei privaten Geldgebern aufgenommen

werden, müssen von den Steuern der Bürger bedient werden. Aber ist es besser, wenn die Kredite nun von den Privaten bei privaten Geldgebern aufgenommen werden, weil ihnen wegen der Geldarmut der Kommunen die öffentlichen Aufgaben übertragen worden sind? Wir zahlen in diesem Fall doppelt: Für Sollzinsen und für die Rendite der Privaten. Das dient der Ungleichheit, statt sie zu beseitigen und schafft neue Probleme durch die Vermehrung der frei flottierenden Geldmengen.

Nötigung zur Privatisierung

Die finanzschwachen Kommunen werden durch die Schuldenbremse erpresst: Solange Du wegen der Schuldenbremse nicht investieren darfst, musst du auf die Berater und Banken hören und die bisher von der öffentlichen Hand ausgeführte Aufgaben – mit allen Konsequenzen – auf Private übertragen. Bei Privatisierungsmodellen wie so genannten Public Private Partnerships (PPP) wird heute nicht nur ein Bauauftrag, sondern die komplette Durchführung der öffentlichen Aufgabe für meist 30 Jahre übertragen. Damit haben Konzerne Sicherheit und eine Renditegarantie, denn sie verdienen nun an Aufgaben, die alle Bürger dringend zum Leben brauchen und jetzt bei ihnen kaufen müssen. Der Staat ist ein sicherer Schuldner der Privaten! Den Kredit der Privaten bezahlt der Staat, er taucht aber nicht im Haushalt auf – das ist der Trick dieser Projekte.

Dabei führt die Vorstellung, das Geld privater Investoren ermögliche die Finanzierung öffentlicher Aufgaben, die wegen der Zahlungsunfähigkeit der Kommunen verkommen, in die Irre; PPP macht die Kommunen nicht zahlungsfähiger. In der Regel arbeiten die an PPP-Projekten beteiligten Konsortien nämlich nur mit 10 Prozent Eigenkapital, der Rest wird durch Kredite finanziert. Die Zinsen werden, zusammen mit den Mietkosten für das fertige Objekt und den erwarteten Gewinnen des privaten Partners, dem öffentlichen Partner in Rechnung gestellt. Die für die anstehenden Mietzahlungen aufgenommenen Kredite erscheinen nicht mehr als Schulden der Gemeinde. Auf diese Weise entsteht ein Schattenhaushalt; die Schuldenbremse wird zur Schuldenfalle.



Zentrale Forderungen von Attac

Sicher ist nur die Unsicherheit

Viele Kommunen hoffen auf lange Sicht bei PPP-Projekten auf Qualität und Effizienz, die durch langfristige Verträge von 20 bis 30 Jahren sicher gestellt werden sollen. Diese Zukunftsaussichten sind bisher allerdings keineswegs bewiesen; erste Erfahrungen deuten eher auf eine gegenteilige Entwicklung. Die Befürworter von PPP preisen ihre Beschaffungsvariante an, indem sie auf Effizienzvorteile verweisen – mehr als 10 Prozent billiger wollen sie sein und darüber hinaus auch besser und schneller. Das Vorurteil, dass die Privaten es effizienter können als die öffentliche Hand wird durch vielfache Wiederholung nicht wahrer. Zahlreiche Projekte, von der Hamburger Elbphilharmonie über die Berliner Wasserbetriebe bis hin zu den Schulen des Landkreises Offenbach sind sehr viel teurer geworden und weisen unübersehbare Mängel in Planung und Durchführung auf, seit sie in privater Hand sind. Die Rechnungshöfe des Bundes

und der Länder haben dies in zahlreichen Berichten bestätigt. Wenn sich die Privaten selbst loben, sie würden „aus weniger mehr machen“, bedeutet das vielfach eine Vernachlässigung der Infrastruktur, Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Dumpinglöhne. Dazu kommen saftige Gebührenerhöhungen sowie das Abwälzen weiterer Forderungen auf die öffentliche Hand.

Angeblich übernimmt bei PPP Projekten jeder Partner die Risiken, die er am besten tragen kann. Aber Sicherheit gibt es nur für die Privaten. Für jedes Projekt wird eine Zweckgesellschaft mit geringem Eigenkapital gegründet, die man ohne große Verluste pleite gehen lässt, wenn sich die Gewinnerwartung nicht erfüllt. Die Kommune muss aufgrund ihrer Verantwortung für die öffentlichen Aufgaben die Leistungen gewährleisten und bleibt mit Sicherheit auf den Kosten sitzen.

Wir fordern

- Steuergerechtigkeit zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben
- Rettungsschirme für Kommunen statt für Banken
- Günstige Kredite der Europäischen Zentralbank direkt an die öffentliche Hand und an die Kommunen statt an die Banken
- Rücknahme der Schuldenbremse hier und Verzicht auf den Fiskalpakt
- Offenlegung der Schattenhaushalte und aller PPP-Projekte mit sämtlichen Nebenabsprachen
- Keine neuen PPP-Projekte, Rückabwicklung bestehender bereits abgeschlossenen Verträge

Weitere Infos unter www.attac.de/privatisierung